

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

erschienen jeden Freitag nachmittags * Bezugspreis halbjährlich frei ins Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Arbeiterkämpfer“, „Der kommunistische Genossenschaftler“, „Die Kommunistin“, „Ihre der Illustrierten Zeitschrift „Der rote Stern“ * Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-B., Mühlentorstraße 2, 1. Fernsprecher: 17 259 * Redaktion: Dresden-B., Mühlentorstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5-6 Uhr, Sonnabende von 4-6 Uhr * Postbestellungs Nr. 13 513 Dresden, Emil Schlegel * Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die erste, 20 Goldpfennige für die folgenden Zeilen für die Familienanzeigen, 10 Goldpfennige für die Familienanzeigen, 10 Goldpfennige für die Familienanzeigen, 10 Goldpfennige für die Familienanzeigen * Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags einbringen.

1. Jahrgang. Nummer 3

Freitag, 3. April 1925

Einzelnummer 10 Pf.

Die SPD kapituliert

Kuhrgeldverschleuderer Marx Kandidat der Schwarz-rot-gelben Die Linken „protestieren“ — Braun preußischer Ministerpräsident

(Eigener Drahtbericht.) 3. April. Die Kapitulation der Sozialdemokratischen Partei ist vollständig. Die Partei der 8-Millionen-Wähler hat sich dem Zentrum unterworfen. Der Parteiaussschuss der Sozialdemokratischen Partei hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Parteiaussschuss ist für die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der Verfassungsparteien für den zweiten Wahlgang des Reichspräsidenten.“

Die Verhandlungen über die Aufstellung des Kandidaten mit den Demokraten und dem Zentrum werden heute fortgesetzt. Der Parteivorstand der Zentrumspartei hat den Beschluß gefaßt, die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten zu empfehlen und hierfür Marx vorzuschlagen. Ebenso hat die demokratische Partei den Beschluß über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten angenommen. Die Zusammenstellung der Beisitzer, der Vorschlag eines Präsidentschaftskandidaten nur durch die Zentrumspartei, zeigt, daß die Sozialdemokraten und Demokraten sich auf diesen Kandidaten einigen werden. Es ist also schon jetzt als feststehend zu betrachten, daß Marx der Kandidat der schwarz-rot-gelben Koalition wird. Als Gegenleistung dafür werden die Parteien im preußischen Landtag Braun heute wahrscheinlich zum Ministerpräsidenten wählen. Höpfer-Nachhoff, der sich im Landtag noch nicht hat sehen lassen, hat dem Landtagspräsidenten einen Brief überreicht, in dem er mitteilt, daß er die gegen seinen Willen vorgenommene Wahl nicht annimmt. Das „Berliner Tageblatt“ von heute schreibt dazu: „Die Dinge stehen nun so, daß die Sozialdemokraten Braun zum Ministerpräsidenten vorschlagen werden, und daß auch das Zentrum sich für diese Kandidatur in einer Sitzung der preußischen Landtagsfraktion ausgesprochen hat. Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß die Demokraten ihre gestrige Verhimmung nicht zum Anlaß nehmen, sich gegen die Kandidatur Braun zu erklären.“

Die sozialdemokratischen „Linken“ verfluchten gestern noch, sich gegen die Beteiligung der Sozialdemokraten an einer Sammellandidatur mit einem nichtsozialdemokrati-

schen Präsidentschaftskandidaten zu wenden. Die Leipziger Funktionäre nahmen folgende Resolution an:

„Der Wahlkreis Leipzig hat bei den Wahlen vom 29. März die sozialdemokratischen Stimmen auf 41,25 Proz. der abgegebenen Stimmen zu halten vermocht. Dies gelang mit dem Entschluß, einen eigenen sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Durch die rastlose Tätigkeit der Funktionäre ist aus dem Wahlergebnis zu ersehen, daß die Sozialdemokratische Partei das unerschütterliche Bollwerk der Republik geblieben ist. Eben deswegen protestieren die Leipziger Funktionäre gegen die Absicht, den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten fallen zu lassen. Die Versammlung fordert von der Partei die Aufrechterhaltung der eigenen Kandidatur. Die Versammlung protestiert gegen das Bestreben bestimmter Gruppen, die Partei vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Funktionäre erklären, falls die Parteiführer im Gegensatz zur grundsätzlichen Einstellung auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten, sich die Entscheidung vorbehalten.“

Die Drohung der Linken wird von dem Parteivorstand der Sozialdemokraten absolut nicht ernst genommen. Diese Maulrädler haben in der Gesamtpartei absolut keinen Boden und werden es auch nicht verlieren, sich Boden zu schaffen, da sie sich in der Politik von dem Parteivorstand nicht unterscheiden, ihre Gegenseite nur in der Beamtenpolitik zutage treten. Die Linken werden nie den Mut aufbringen und politisch nicht in der Lage sein, die Arbeitermitglieder der SPD, gegen den Parteivorstand zu mobilisieren. Wie wenig ernst die Drohung der Leipziger zu nehmen ist, zeigt folgende Notiz der „Dresdner Volkszeitung“ von gestern. Die „Dresdner Volkszeitung“ schreibt:

„Wenn schon das Zentrum, der preußischen Frage wegen, den Sammellandidaten stellen sollte, so muß die Sozialdemokratie unter allen Umständen versuchen, einen entschiedeneren Kandidaten als Marx durchzusetzen. Dr. Wirth erscheint uns als der annehmbarere von den beiden.“

Diese Stimme der linken Dresdner Zeitung zeigt, daß sie sich praktisch dem Parteivorstand unterwerfen. Sie verlangen nur einen Kandidaten, der nicht so stark belastet ist wie Marx.

Jetzt gilt es, alle Kräfte anzuspannen, um die Arbeiter über das Manöver der SPD. aufzuklären und für die Kommunistische Partei zu gewinnen.

Auch die bairische Faschistenpartei für Marx

(Eigener Drahtbericht.) 3. April. Der Präsidentschaftskandidat der bairischen Faschistenpartei, der Faschist Held, ist, wie mitgeteilt wird, zu einer Audienz beim Papst in Rom gewesen und hat sich dort Instruktionen zur Präsidentschaftswahl geholt. Wie verlautet, soll das Zentrum in Deutschland als einheitliche Partei auftreten, damit wäre die Front von den Faschisten bis zu den Sozialdemokraten geschlossen.

Die Aussichten Brauns

(Eigener Drahtbericht.) 3. April. Wie schon bereits mitgeteilt, wird heute der Sozialdemokrat Braun im preußischen Landtag als Ministerpräsident gewählt werden. Für Braun werden Stimmen die Parteien der Weimarer Koalition, gegen ihn die Kommunisten, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die Völkischen. Die Haltung der Wirtschaftspartei steht noch nicht fest. Sehr wahrscheinlich wird aber heute Braun eine Mehrheit bekommen und dann für einige Tage Ministerpräsident in Preußen sein.

Schweres Baumglück in Böhlen

Beim Bau des Braunkohle- und Großkraftwerkes Böhlen bei Leipzig stürzte am Donnerstag nachmittags 4 Uhr ein von außen fertiger Schornstein, bei dem die innere Futtermauer bis auf die letzten 40 Meter fertig war, plötzlich ein.

Dabei sind leider zehn Schornsteinmänner verunglückt, außerdem zwei Maurer leicht und einer schwer verletzt. An der Vergang der Verunglückten wird gearbeitet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Die Untersuchung durch die zuständigen Stellen ist im Gange.

Leipzig, 3. April. Wie wir zu dem Einsturzungsfall in Böhlen weiter erfahren, waren in den späten Abendstunden erst zwei Schornsteine geborgen. Es befinden sich noch 11 Schornsteinmänner, die wahrscheinlich tot sind, unter den Trümmern der eingestürzten Höhe. Um die Verunglückten zu bergen, werden umfangreiche Sprengungen an dem unteren Teile der richtigen Höhe, die einen Durchmesser von neun Metern hat, notwendig werden. Die Schuld an dem Unglück trägt das Zweibettensystem, das die Arbeiter in den Tod treibt. Um Profit zu machen, werden alle Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen. Die Arbeiterschaft fordert strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen.

Handeln wir richtig?

Der Ausfall der Wahlen muß uns veranlassen, die Frage zu stellen: In welcher Beziehung steht das Wahlergebnis zu unserer Parteipolitik? Man muß diese Frage stellen und beantworten. Wir sind seit dem Oktober eine fast neue Partei geworden. Wir haben mit den Mängeln und Fehlern unserer Vergangenheit gebrochen. Wie verhält sich nun das Wahlergebnis zu dieser Politik?

Um die Frage zu beantworten, müssen wir uns unsere Vergangenheit nochmals ansehen. Wir müssen sehen, welche Politik wir damals betrieben haben, um festzustellen, wie es uns bei der alten Politik ergangen wäre.

Worin bestanden unsere wichtigsten Fehler und Mängel vor dem Oktober?

1. Wir verstanden nicht die Bedeutung des Imperialismus. Unsere Theorie baute sich damals auf Rosa Luxemburgs „Kumulation des Kapitals“ auf. Das heißt, wir wußten vom Imperialismus nur so viel, daß er dann zusammenbricht, wenn alle nichtkapitalistischen Schichten kapitalisiert worden sind. Wenn der Kapitalismus überall herrscht, hat seine Stunde geschlagen. Rosa gab zwar zu, daß die Möglichkeit von Konflikten schon vorher gegeben sei, aber das war ohne jede Bedeutung für die Praxis unserer Politik. Durch die Annahme der Luxemburgschen Theorie übersehen wir demnach erstens den monopolistischen Charakter des Imperialismus, das heißt daß ein paar Konzerne die gesamte Industrie, ein paar Banken alle Finanzen in Händen haben; zweitens den Kampf um die Rohstoffquellen und damit die Bedeutung der Kolonien für die imperialistischen Länder, das heißt den Extraprofit; drittens die bestimmte Entwicklungsform des Imperialismus: daß er sich unregelmäßig und sprunghaft entwickelt, wodurch einerseits die alten imperialistischen Staaten ihre eroberten Gebiete verteidigen, die neuen aber um diese alten Kolonialgebiete kämpfen müssen. Mit anderen Worten: Durch die Luxemburgsche Akkumulationstheorie übersehen wir die praktisch-politischen Folgen, die der Kapitalismus in seiner letzten Etappe zeitigen muß: auf der einen Seite imperialistische Kriege, auf der anderen Revolutionen, die dem Kapitalismus ein Ende machen werden. Es ist nicht zufällig, daß Rosa Luxemburg sich auf ihre Theorie weder während des Krieges noch der Revolution berufen konnte. Das Leben ließ diese Theorie ganz einfach beiseite.

2. Wir kannten nicht die Wurzeln des Reformismus. Aus dem falschen Begreifen des Imperialismus verstanden wir nicht die Grundlagen des Reformismus. Man nehme alle Werke Rosas durch, besonders die politischen, die leider in Deutsch noch nicht erschienen sind, und sehe nach, wie Rosa den Reformismus erklärt hat. Es sind immer Personen (Bernstein, Sombart), gefällige Vorworte (Engels' erstelltes Vorwort zu den Klassenkämpfen), Parlamentarier (Scheidemann, David) oder gar das Erfurter Programm, besonders, weil es Minimalforderungen enthält, als Gründe angeführt. Sind das Ursachen des Reformismus? Klar, daß sie es nicht sind. Das sind seine Erscheinungsformen. Einem Marxisten kann aber nichts Schlimmeres passieren, als Erscheinungsformen für Ursachen auszugeben. Warum irrte aber Rosa in dieser Frage? Weil sie die vierte Besonderheit des Imperialismus verkannte, die Tatsache, daß der Imperialismus durch die Ausbeutung der Kolonien Extraprofit schaffen kann. Mehrprofit, den er dafür verwendet, eine bestimmte Arbeiterschaft mit höheren Löhnen zu fördern und die Führer dieser Schicht durch Posten und auf alle andere Weise zu kaufen.

Die praktisch-politische Folge dieses abstrakt-theoretischen Fehlers Rosas war das falsche Verhältnis zu den Opportunisten. Anstatt, wie Lenin, zu erkennen, daß man sich von den Reformisten trennen — weil sie eine andere „ökonomische Grundlage“ haben — und neben dieser bürgerlichen Arbeiterpartei eine Arbeiterpartei des Proletariats schaffen muß, verblieb die Linke in der SPD, und als sie sich schon abgespalten hat, verkannte sie wiederum die Rolle der SPD als Partei des Bürgertums, in dem der Spartakusbund als Scheidegrund von der SPD, nichts anderes anzugeben wußte, als die Politik der Führer, das Engelsche Vorwort und schließlich das Erfurter Minimalprogramm. Die Folgen dieser Theorie merkten wir bald: Ueberläufe zur Sozialdemokratie — besonders von Spartakusleuten! — Schwankungen in dem Verhältnis zur SPD, die so weit gingen, daß wir im Oktober 1923 vor der Spaltung unserer Partei gestanden haben.

3. Wir erfaßten nicht die Marx'sche Staatstheorie. In der Staatstheorie vor dem Oktober verleugneten wir nicht etwa Lenin, sondern direkt Marx. Während Marx uns lehrte, daß wir die bürgerliche Staatsmaschinerie mit ihren Parlamenten, Justiz, Verwaltung, Polizei, Militär nicht übernehmen können, son-

Leninaufgebot

Werbt Lefer für die „Arbeiterstimme“!

Das Leninaufgebot der Kommunistischen Partei ist die gesteigerte Werbe- und Auffklärungsarbeit.

Unsere russische Bruderorganisation unternahm das erste Leninaufgebot nach dem Tode unseres unvergesslichen Führers Lenin. Breite Massen wurden für die Partei gewonnen. Wir haben die Aufgabe, dem Beispiel unserer Genossen in Rußland zu folgen. Massen müssen für die Partei gewonnen, die Parteiarbeit vertieft werden.

Unser Leninaufgebot fällt zusammen mit der Wahlkampagne. In allen Zellen und Ortsgruppen muß eine ernsthafte intensive Agitationsarbeit einsetzen.

Die SPD. hat vor dem Zentrum kapituliert, sie ist bereit, die Arbeiter an den Vertreter der Industrie- und Finanzkapitalisten, an den Pfaffen Marx auszuliefern. Jetzt gilt es, die Arbeiter von diesem schwarz-rot-gelben Block zu lösen. Die Stimmen der Arbeiter müssen für unsere Kandidaten, den Arbeiter Ernst Thälmann gewonnen werden.

Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß wir die einzige Partei sind, die für die Interessen der Arbeiter kämpft. Nur die kommunistische Partei ist für den starken Achtstundentag, für einen ausreichenden Lohn, gegen den Steuerraub. Nur die kommunistische Partei kämpft gegen den Steuerwucher, gegen die Verelendung der Arbeiter.

Gleichzeitig gilt es, unsere Kampagne für die „Arbeiterstimme“ auszudehnen. Noch während des Wahlkampfes müssen neue Lefer gewonnen werden.

Genossen! Heran an die Arbeit!

Werbt in den Betrieben, in den Ortsgruppen, in den Wohnungen der Arbeiter, in den Versammlungen und Zusammenkünften für die Partei, für die

„Arbeiterstimme“.